

WAHLPRÜFSTEINE DER FÖDERALISTISCHEN UNION EUROPÄISCHER NATIONALITÄTEN (FUEN) ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

VORBEMERKUNG

Mit über 100 Mitgliedsorganisationen in 38 europäischen Ländern ist die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) der größte Dachverband der autochthonen nationalen Minderheiten, Nationalitäten und Sprachgemeinschaften Europas. Die FUEN vertritt die Interessen von mehr als 50 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern, die diesen Minderheitengemeinschaften angehören, auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

Ein wesentlicher Teil der von der FUEN vertretenen Minderheiten ist von den politischen Entscheidungen in Deutschland unmittelbar betroffen. Dies betrifft sowohl die in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten als auch die deutschen Minderheiten im Ausland, die häufig die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und somit zur Teilnahme an den Wahlen zum Deutschen Bundestag berechtigt sind. Ihre Anliegen und Perspektiven verdienen daher besondere Beachtung im politischen Diskurs.

Im Vorfeld der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 richtet die FUEN den Blick auf zentrale Themen des Minderheitenschutzes – sowohl im deutschen als auch im europäischen Kontext. Mit unseren Wahlprüfsteinen möchten wir die Positionen und Pläne der politischen Parteien in Deutschland zu den Herausforderungen der autochthonen nationalen Minderheiten erfahren. Diese Wahlprüfsteine beleuchten drei Dimensionen:

1. die autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland,
2. die deutschen Minderheiten im Ausland,
3. die Minderheitenpolitik im europäischen Kontext.

Die Antworten der politischen Parteien in Deutschland auf unsere unten stehenden Fragen werden den Mitgliedsorganisationen der FUEN zugänglich gemacht und dienen den Minderheitengemeinschaften als Orientierung bei der Bewertung der politischen Programme.

Themenkomplex 1: Autochthone nationale Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland

Die autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland – die Dänen, Friesen, Sorben sowie die deutschen Sinti und Roma – sind ein unverzichtbarer Teil der kulturellen und historischen Identität des Landes. Sie bereichern die kulturelle Vielfalt Deutschlands, stehen aber auch vor Herausforderungen wie unzureichender politischer Partizipation, fehlender rechtlicher Absicherung und mangelnder Sichtbarkeit in der Gesellschaft. Es bedarf gezielter Maßnahmen, um ihre Rechte und Identität nachhaltig zu sichern und die Umsetzung internationaler Verpflichtungen, wie des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, zu gewährleisten.

Fragen:

1. Unterstützen Sie die Verankerung des Minderheitenschutzes im Grundgesetz (beispielsweise durch die Aufnahme eines zusätzlichen Absatzes in Artikel 3 GG) und welche Schritte planen Sie hierzu?
2. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Belange der autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland im zukünftigen Regierungsprogramm beziehungsweise im Koalitionsvertrag angemessen berücksichtigt und ihre Förderung langfristig gesichert wird?
3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die politische und gesellschaftliche Partizipation der autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland zu stärken, etwa durch die Einrichtung weiterer beratender Gremien oder gezielte Förderprogramme?
4. Welche konkreten Schritte beabsichtigen Sie, um das öffentliche Bewusstsein für die vier anerkannten autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland zu fördern und ihre sprachliche und kulturelle Vielfalt langfristig zu sichern?

Themenkomplex 2: Deutsche Minderheiten im Ausland

Die deutschen Minderheiten im Ausland – insbesondere jene im östlichen Europa sowie in Zentralasien – agieren als Brückenbauer zwischen ihren jeweiligen Heimatländern und Deutschland. Trotz ihrer herausragenden Bedeutung sehen sie sich häufig mit Herausforderungen wie unzureichender finanzieller Förderung und einem in den letzten Jahren nachlassenden politischen Rückhalt seitens der Bundesrepublik Deutschland konfrontiert. Die Unterstützung dieser Gemeinschaften ist nicht nur eine Frage der historischen Verantwortung, sondern auch von strategischem Interesse für Deutschland.

Fragen:

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die finanzielle Förderung der deutschen Minderheiten im Ausland (aktuell über das BMI und AA sowie auf der Grundlage von § 96 BVFG seitens der/des BKM), die nach wie vor auf der Milderung des Kriegsfolgeschicksals basiert, in der kommenden Legislaturperiode erhalten oder erhöht wird?
2. Wie möchte Ihre Partei gewährleisten, dass die Förderung der deutschen Minderheiten im zukünftigen Regierungsprogramm beziehungsweise im Koalitionsvertrag fest verankert wird?
3. Wie wollen Sie die Rolle der deutschen Minderheiten als Mittler zwischen ihren jeweiligen Heimatländern und Deutschland durch bilaterale Programme oder institutionelle Kooperationen stärken?
4. Unterstützen Sie, dass das Amt der/des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten weiterhin bestehen bleibt und mit gestärkten Kompetenzen ausgestattet wird? Befürworten Sie zudem die Einrichtung eines „Gesprächskreises Deutsche Minderheiten“ im Deutschen Bundestag?

Themenkomplex 3: Europäische Union

Der Schutz autochthoner nationaler Minderheiten ist eine zentrale Herausforderung in Europa, der oft nur wenig Beachtung findet. Die Minority-SafePack-Initiative (MSPI) – eine von der FUEN koordinierte Europäische Bürgerinitiative, die darauf abzielt, den Schutz und die Rechte nationaler und sprachlicher Minderheiten in der Europäischen Union zu stärken – fand breite Unterstützung in den EU-Mitgliedstaaten und seitens des Europäischen Parlaments. Trotz dieses Erfolgs stieß die Initiative auf erhebliche politische Hürden, insbesondere durch die Entscheidung der Europäischen Kommission, keine legislativen Schritte auf Grundlage der MSPI einzuleiten. Dies zeigt, wie schwierig es ist, den Minderheitenschutz auf EU-Ebene voranzubringen, gleichzeitig aber auch, wie wichtig kontinuierliches Engagement bleibt.

Fragen:

1. Wie stehen Sie zur Minority-SafePack-Initiative, und welche konkreten Ansätze verfolgt Ihre Partei, um den Minderheitenschutz auf EU-Ebene – trotz der politischen Hürden – weiter voranzutreiben?
2. Die Umsetzung der Vorschläge der Minority-SafePack-Initiative war Teil des Regierungsprogramms beziehungsweise der Koalitionsvereinbarung in Deutschland. Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Arbeit an der Verwirklichung der Bestimmungen in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt wird, um Deutschland als Vorbild für die Implementierung der Minority-SafePack-Initiative auf der Ebene der Nationalstaaten zu etablieren?
3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die politische Repräsentation nationaler Minderheiten in der EU zu stärken, beispielsweise durch die Unterstützung der Wirksamkeit der Interfraktionellen Arbeitsgruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen im Europäischen Parlament?
4. Sind Sie bereit, einen systematischen Dialog zwischen nationalen Minderheiten, politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene zu fördern? Welche konkreten Mechanismen schlagen Sie hierfür vor?